



Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

10. Mai 2019

# Wochenbericht KW 19

forsa | Emnid | GMS | FG Wahlen | infratest dimap

Wähleranteile:	Union bei 30 % bzw. 29 %, SPD zwischen 17 % und 15 % Grüne bei 20 % bzw. 19 %, AfD bei 14 % bzw. 13 %
Wirtschaft:	Pessimistische Erwartungen überwiegen deutlich
Weltpolitische Lage:	Knappe Mehrheit macht sich Sorgen um den Weltfrieden USA werden als größte Bedrohung wahrgenommen Zustimmung zu mehr deutscher Verantwortung in der Welt auf Höchststand
Wichtigste Themen:	Europawahl Flüchtlingspolitik Umweltpolitik/ -schutz
Anlage:	Zeitreihen

Steffen Seibert

## Wähleranteile

Angaben in Prozent

	<b>forsa</b> für RTL/n-tv	<b>Emnid<sup>1</sup></b> für BamS	<b>GMS<sup>2</sup></b>	<b>FG Wahlen<sup>3</sup></b> für ZDF
CDU/CSU	29 (+2)	29 (+1)	29 (-1)	30 (+2)
SPD	15 (-2)	16 (-1)	17 (+2)	16 (-1)
FDP	8 (-)	9 (-)	8 (-2)	7 (-1)
DIE LINKE	9 (-)	9 (-)	9 (-)	8 (-1)
B'90/Grüne	20 (-)	19 (-)	19 (+1)	20 (-)
AfD	13 (-)	13 (-)	13 (-)	14 (+1)
Sonstige	6 (-)	5 (-)	5 (-)	5 (-)
Erhebungszeitraum	29.04.-03.05.	02.-08.05.	02.-08.05.	07.-09.05.

Die Union liegt bei forsa 14 (+4), bei FG Wahlen 14 (+3), bei Emnid 13 (+2) und bei GMS 12 (-3) Prozentpunkte vor der SPD.

(Zeitreihen: forsa, Emnid, GMS, FG Wahlen)

## Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	<b>forsa</b> für RTL/n-tv
Kramp-Karrenbauer	31 (+1)
Nahles	11 (-2)
Kramp-Karrenbauer	27 (+1)
Scholz	21 (-2)
Erhebungszeitraum	29.04.-03.05.

Annegret Kramp-Karrenbauer liegt bei der Kanzlerpräferenz 20 (+3) Prozentpunkte vor Andrea Nahles und 6 (+3) Prozentpunkte vor Olaf Scholz.

(Zeitreihe)

<sup>1</sup> Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (12.05.2019)

<sup>2</sup> im Vergleich zur KW 14

<sup>3</sup> im Vergleich zur KW 15

## ● Problemlösungskompetenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
CDU/CSU	22	(+1)
SPD	5	(-1)
sonstige Parteien	18	(+1)
keine Partei	55	(-1)
Erhebungszeitraum	29.04.-03.05.	

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 17 (+2) Prozentpunkte vor der SPD.

55 % (-1) trauen die Lösung der Probleme keiner Partei zu.

(Zeitreihe)

## ● Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
besser	16	(+1)
schlechter	45	(-2)
unverändert	36	(+1)
Erhebungszeitraum	29.04.-03.05.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche leicht verbessert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 29 (-3) Prozentpunkte höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.

(Zeitreihe)

## Machen Sie sich Sorgen um den Weltfrieden?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 16

	forsa für BPA	
sehr große	10	(-1)
große	45	(-1)
wenig	36	(+2)
keine	8	(-)
Erhebungszeitraum	29.04.-03.05.	

Gering- bzw. Mittelverdiener, Ostdeutsche (jew. 62 %) und Personen mit mittlerer formaler Bildung (61 %) sowie Anhänger der Linkspartei (69 %) und der Grünen (63 %) machen sich überdurchschnittlich oft (sehr) große Sorgen um den Weltfrieden. Frauen machen sich häufiger (sehr) große Sorgen als Männer (66 % zu 45 %) und über 45-Jährige häufiger als unter 45-Jährige (62 % zu 49 %).

Anhänger der AfD und der FDP (jew. 50 %) machen sich überdurchschnittlich oft weniger bzw. keine Sorgen um den Weltfrieden.

(Zeitreihe)

## Weltweite Krisen(regionen) als Gefahrenquelle für Deutschland

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 16

	forsa für BPA	
USA	17	(-2)
Umwelt, Klima	11	(-)
Naher Osten, arabische Länder	10	(-2)
Asylbewerber, Flüchtlinge	10	(+1)
Krieg, Terrorismus allgemein	7	(+2)
Russland	7	(-)
Neuer "Kalter Krieg" zwischen USA und Russland	5	(+1)
Erhebungszeitraum	29.04.-03.05.	

Die Bundesbürger nehmen die USA als größte Gefahr für Deutschland wahr. Anhänger der Linkspartei (22 %) nennen sie überdurchschnittlich häufig.

(Zeitreihe)

## Rolle Deutschlands in der Weltpolitik

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 16

	forsa für BPA	
sollte mehr Verantwortung übernehmen	45	(+2)
sollte weniger Verantwortung übernehmen	9	(+2)
Deutschland tut bereits genug	44	(-3)
Erhebungszeitraum	29.04.-03.05.	

Der Anteil derjenigen, für die Deutschland mehr Verantwortung in der Weltpolitik übernehmen sollte, ist auf den höchsten Wert (45 %) seit Erhebungsbeginn im Mai 2015 gestiegen. Überdurchschnittlich oft sind unter 30-Jährige (52 %) sowie Anhänger der Grünen (58 %) und der Linkspartei (52 %) dieser Meinung.

Hingegen sind Anhänger der AfD (33 %) überdurchschnittlich oft der Ansicht, dass Deutschland weniger Verantwortung übernehmen sollte.

Personen mit einfacher formaler Bildung (53 %), Frauen (50 %), über 45-Jährige und Mittelverdiener (jew. 49 %) sowie Anhänger der Union (51 %) und der SPD (49 %) meinen überdurchschnittlich häufig, dass Deutschland bereits genug tut.

(Zeitreihe)

## Rolle Deutschlands in der EU

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 16

	forsa für BPA	
nimmt zu viel Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	41	(-1)
nimmt zu wenig Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	19	(+4)
verhält sich alles in allem genau richtig	36	(-2)
Erhebungszeitraum	29.04.-03.05.	

Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung (49 %), 45- bis 59-Jährige (47 %) und Ostdeutsche (46 %) sowie Anhänger der AfD (72 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu viel Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Männer (24 %) und Anhänger der Linkspartei (44 %) sind hingegen überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu wenig Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Unter 30-Jährige (43 %) sowie Anhänger der Grünen (50 %), der Union (44 %) und der SPD (42 %) finden das Verhalten Deutschlands überdurchschnittlich häufig genau richtig.

(Zeitreihe)

## Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	<b>infratest dimap</b> für BPA
Europawahl	9 (+3)
Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs-, Asylpolitik/Abschiebungen	9 (-1)
Umweltpolitik/-schutz	8 (-)
Steigende Mietpreise, Wohnungsnot in Städten, Mietpreisbremse, Debatte über Enteignungen	6 (+2)
Klimawandel, globale Erwärmung, CO <sub>2</sub> -Ausstoß	6 (-1)
Debatte um EU-Austritt Großbritanniens/Brexit	6 (+1)
Abgas- bzw. Dieselskandal/Diskussion um Fahrverbote in Innenstädten	5 (+3)
Erhebungszeitraum	07.-08.05.

Die Bundesbürger beschäftigen sich mit mehreren Themen gleichermaßen, unter anderem mit der Europawahl, der Flüchtlings- und der Umweltpolitik.



















